

Aussprache

Mehr Klarheit! Und konsequentere Politik!

Aus der Fülle der Gedanken *Walter Köppings* (Heft 4, 1972) möchte ich die Fragen nach der innergewerkschaftlichen Demokratie und nach dem gewerkschaftlichen Bildungswesen aufgreifen.

Mit großer Besorgnis muß man immer wieder feststellen, daß Sekretäre und langjährige Funktionäre der Gewerkschaften mit unerbittlicher Abwehr auf die Forderung nach Aktivierung der Mitgliederbasis reagieren. Dies scheint mir eine Folge gewisser geistiger Unbeweglichkeit oder das Festhalten an einmal zuerkannten Positionen zu sein. Man stellt sich in den Gewerkschaften kaum in Frage. Mir scheint, daß maßgebliche Funktionäre glauben, die Gewerkschaften könnten es sich leisten, überwiegend in einem formalen demokratischen Rahmen zu arbeiten und die Basis an den Entscheidungen nicht teilnehmen zu lassen. Entscheidungen werden in den Vorständen getroffen, die Mitgliedschaft wird lediglich zur Wahl dieser Vorstände aufgerufen und hat damit ihre demokratische Pflichtübung erfüllt.

Demokratisches Leben muß jedoch bereits im kleinen Kreis geübt und praktiziert werden. Nur eine aktive Mitgliedschaft ist ein Garant für Entscheidungen der Gewerkschaften im Interesse der Arbeitnehmer, und nur aktive und umfassend politisierte Mitglieder (Staatsbürger) sind auch bereit und in der Lage, totalitäre und autoritäre Angriffe auf die Gesellschaft abzuwehren. Mit einer derart bewußten Arbeitnehmerschaft wäre es den Kräften der CDU/CSU und denen, die ihnen nahe stehen, seit 1945 nicht gelungen, ihre Ideologie des absoluten Profit- und Leistungsdenkens in dieser Gesellschaft zu verbreiten, zum Schaden der Arbeitnehmer, der Rentner, Kranken und Kinder — aller

derjenigen also, die in einer solchen Gesellschaft nicht produzieren können.

Aktivierung der Mitglieder bedeutet ihre Politisierung. Die Gewerkschaften haben im Interesse aller Arbeitnehmer diesen die Zusammenhänge der Gesellschaft zu erklären. Sie sind verpflichtet, die grundsätzliche Diskussion über z. B. die Fragen der Eigentumsordnung, der Vermögensbildung, der unkontrollierten Machtausübung durch das Kapital usw. zu führen. Die tarifpolitische Arbeit hat nur Sinn, wenn nebenbei gleichberechtigt gesellschaftspolitische Arbeit geleistet wird. Den Arbeitnehmern muß durch ihre Gewerkschaften ständig das Bewußtsein ihrer Abhängigkeit vom Kapital deutlich gemacht werden. Wir müssen in unserer Arbeit endlich dazu kommen, daß die Handlungen der Gewerkschaften an der Basis vorbereitet und nicht — wie es geschieht — an der Basis erklärt werden.

Da lehnt z.B. der DGB die Einrichtung von Arbeitnehmerkammern ab, man macht sich aber nicht die Mühe, mit der Basis diese Institutionen zu besprechen, da bereitet die ÖTV den Entwurf eines Arbeitsgesetzbuches vor, die Mitgliederbasis erfährt von der Kommissionsarbeit erst, als diese ihre Arbeit überwiegend abgeschlossen hat. Ist die Arbeitnehmerschaft so dumm, daß man ihre Mitarbeit nicht benötigt? Warum werden gesellschaftskritische Veröffentlichungen nicht planmäßig in Arbeitsgruppen, Seminaren usw. diskutiert? Befürchtet man eine zu große Einsicht in die Probleme? Bangen Funktionäre — zum Nachteil der Arbeitnehmerschaft — um ihren Informationsvorsprung?

Basisarbeit bedeutet ständige Diskussion, Schärfung der Kritikfähigkeit, Organisierung von Aktionen. Dem Arbeitnehmer ist zu erklären, daß diese Gesellschaft gestaltbar ist; politische Hintergründe gesellschaftlicher Erscheinungen müssen aufgezeigt werden. Zur Basisarbeit gehört aber auch die volle Meinungsfreiheit, also nicht nur die Freiheit, in Versammlungen „etwas zu sagen“, sondern seine Meinung auch veröffentlichen zu können. Die mir

bekannte Gewerkschaftspresse läßt dafür keinen Raum. Eine wirkliche Auseinandersetzung findet nicht statt.

Wichtig für die Bewußtseinsbildung ist die Bildungsarbeit. Das Angebot der Bundesschulen besitzt Qualität. Was aber geschieht nach dem Besuch des Lehrgangs in den Kreisverwaltungen? Nichts! Der Teilnehmer kehrt zurück, er kann dann wählen, sein Wissen für sich zu behalten (damit erhöht er seinen Informationsvorsprung) oder das Wissen an die Kollegen weiterzugeben. In einer solchen Situation werden gewerkschaftliche Gelder umsonst ausgegeben. Es ist einfach zu teuer, ein einziges Mitglied für wöchentlich 500 DM zu informieren. Auf Kreisebene müssen Pläne ausgearbeitet werden, um die Information der Bundesschulen breit zu streuen. Es ist mir noch heute unverständlich, warum in einer norddeutschen Großstadt ein Antrag der Jugendgruppe mit einem entsprechenden Auftrag an den Kreisvorstand durch die Delegiertenkonferenz hart bekämpft wurde.

Einer DGB-Gewerkschaft trat ich bewußt bei. Ich sah in ihr die richtige Kombination zwischen gesellschaftspolitischen Zielen, d. h. Aufbau einer demokratischen Gesellschaft und den tarifpolitischen Zielen. Diese Kombination sehe ich gefährdet; überwiegende Arbeit in der Tarifpolitik, Engstirnigkeit vieler Funktionäre, ständige Abgrenzung nach links — alles dies sind Meilensteine auf einem Weg, der letztlich zur Entpolitisierung der Arbeitnehmer führt.

Gerhard Burmester, Lübeck

Fragen an den Kollegen Köpping

1. Du sprichst in Deinem Beitrag in Heft 4 der GM („Mehr Klarheit! Und konsequentere Politik!) davon, daß mehr Klarheit über den Standort der Gewerkschaften in dieser Gesellschaft gewonnen werden muß. „Wir überlassen das Feld die-

ser Diskussion zu oft Kräften außerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Das ist nicht ungefährlich, denn solche Diskussionen dringen in die Gewerkschaften und verursachen dort Zweifel und Unsicherheit.“

Bist Du nicht der Ansicht, daß in Deiner Aussage ein Widerspruch liegt? Angesichts der hohen Empfindlichkeit der deutschen Gewerkschaften ist es für Insider, worunter wir zunächst den Kreis der Hauptamtlichen verstehen, äußerst schwierig, die von Dir geforderte Diskussion zu leisten. Als Beispiele sei hier die Auseinandersetzung um *Fritz Vilmar*, die damit im Zusammenhang stehende Diskussion um Mitbestimmung am Arbeitsplatz, der Fortgang von *Adolf Brock* und *E. Schmidt* angeführt, die auf diese Sensibilität hinweisen. Desweiteren, was sind eigentlich „außerhalb der Gewerkschaftsbewegung stehende Kräfte“? Du wirst wohl nicht, das unterstellen wir, nur die formale Zugehörigkeit, d. h. Mitgliedschaft, als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Bewegung anführen wollen. Was aber bleibt dann noch? Stehen Schüler, Studenten, „freischaffende Intellektuelle“, Wissenschaftler innerhalb oder außerhalb der Bewegung? Wie definierst Du das Verhältnis zur Gewerkschaftsbewegung von *A. Gorz*, *E. Mandel*, *S. Braun*, *Schumann/Kern* u. a.?

Du hast recht, wenn Du eine konsequente, kämpferische, zukunftsbezogene Gewerkschaftspolitik forderst. Nur: solange sich Gewerkschaftspolitik an der Sozialpartnerschaft orientiert, der Staat a priori als demokratisch, die Gesellschaft jedoch als noch undemokratische bezeichnet wird, ist eine zukunftsbezogene Gewerkschaftspolitik, deren Voraussetzung eine Gesellschaftsanalyse ist, wohl schwer möglich. Was nützt, ist eine Gesellschaftsanalyse, die sich an der kapitalistischen Wirklichkeit orientiert und die endlich anerkennt, daß eine humane Gesellschaft nur zu verwirklichen ist, wenn der kapitalistische Widerspruch als *antagonistisch* anerkannt und entsprechend gedacht und gehandelt wird.

Wenn es Dir darauf ankommt, daß eine gewerkschaftstheoretische Diskussion geführt wird, kannst Du doch ernstlich nicht annehmen, daß diese Diskussion, selbst wenn sie nur im formalen Rahmen, d. h. innerhalb der Gewerkschaftsorganisation(en) geführt wird, nicht zu Auseinandersetzungen und Zweifeln führen wird, ja Zweifel geradezu eine Voraussetzung für Diskussion ist (andernfalls würden nur Erklärungen ausgetauscht). Wenn Du dem zustimmst, worin liegt dann die Gefahr von Diskussionsbeiträgen durch „Outsider“?

2. Du sagst, „auch bei Integration sind soziale Konflikte und gesellschaftliche Veränderungen möglich“. Integration bezeichnet den Vorgang der Anpassung; letztlich die Anpassung an den Kapitalismus. Etwas weiter unten gebrauchst Du den Begriff „sozialer Konflikt“ synonym mit der Kategorie des Klassenkampfes. Klassenkampf, und das geht sprachlich aus dem Wort hervor, bedeutet Kampf der Klassen, wobei es sich um einander feindlich gegenüberstehende Klassen handelt. Ergo, Integration, d. h. Anpassung, und Klassenkampf, d. h. Auflehnung gegen bestehende gesellschaftliche Verhältnisse, schließen sich aus. Desweiteren geschehen gesellschaftliche Veränderungen nicht losgelöst von Menschen, sozusagen gottgewollt, sondern aufgrund von Kämpfen, präziser von Klassenkämpfen. Anders: Der Mensch als wollendes Subjekt hat die soziale Wirklichkeit selber produziert, geleitet von Wertvorstellungen und individuellen wie kollektiven Bedürfnissen.

3. Du sagst, „wir (die deutschen Gewerkschaften) sagen nein zur privatwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik, zum Kapitalismus“. Meinst Du das wirklich ernst?

Das Grundsatzprogramm des DGB fordert u. a. eine „Überführung von *Schlüsselindustrien* und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmungen in Gemeineigentum“. Dies ist keine Absage an die privatwirtschaftliche

Ordnung, sondern soll bestenfalls dazu beitragen, einen sozialen Kapitalismus zu etablieren, u. E. ein Widerspruch in sich, *Heinz O. Vetter* sagte in seinem Referat über die Bedeutung des DGB-Grundsatzprogramms in Bad Kreuznach (GM 1970, S. 390 ff.), daß das Grundsatzprogramm „sich zwar für eine Ausweitung des gemeinwirtschaftlichen Sektors einsetzt, nicht aber das Privateigentum (an Produktionsmitteln) als solches grundsätzlich und generell in Frage stellt“. Ähnliche Aussagen könnten in beliebiger Anzahl angeführt werden. Man kann aufgrund Deiner Aussage, und das ist pointiert polemisch gemeint, auf den Gedanken kommen, daß Du Dich im Gegensatz zum Grundsatzprogramm befindest!

4. Du sagst, „es gibt in der Bundesrepublik keine revolutionäre Situation. Es finden sich lediglich Spuren eines revolutionären Bewußtseins innerhalb der Arbeiterschaft“. Dies bestreiten wir nicht. Aber Du sagst weiter, daß es keine latente Bereitschaft zu Klassenkampf und Revolution gäbe, „wie es von Marxisten behauptet wird“. Diese Aussage begründest Du mit den Septemberstreiks 1969. Abgesehen von der pauschalen Aussage über Marxisten, zeigt denn nicht gerade die Studie von Schumann/Gerlach („Am Beispiel der Septemberstreiks“), daß eine latente Bereitschaft zum Klassenkampf besteht? Eine genaue Betrachtung der o. g. Studie läßt doch erkennen, daß für die spontan Streikenden im Vordergrund der Lohnkampf stand, daß aber der *Lohnkampf* einen Teil des Klassenkampfes darstellt, kann doch nicht ernsthaft bestritten werden.

5. Du sagst, die Gewerkschaften dürfen sich „nicht durch die Kritiker von links irre machen lassen“. — Hier hätte eine klare Abgrenzung der Vokabel „links“ gut getan. Angesichts des wahrhaft schillernden Spektrums in der politischen Verwendung, ist dem Begriff kaum noch Erkenntnischarakter zuzuordnen. Wenn Du die allgemeinste Definition akzeptierst, die die ganze Breite der Bewegung abdeckt und

alles, was irgendwie versucht Gesellschaft in Richtung Humanität, freie Entfaltung der Persönlichkeit, Beseitigung von Unterdrückung usw. fortzuentwickeln, wenn alles dies links ist, dann gerät doch Deine Aussage ins Zwielicht oder müßte präzisiert werden. Außerdem: wenn keine Kritik von „links“, woher denn? Welche topografische Stellung kann man denn einnehmen, um durch Kritik Gewerkschaften im Sinne ihrer Fortentwicklung zum Emanzipationskampf voranzutreiben?

6. Du behauptest, daß die Akademie in Hamburg, worunter Du die jetzige Hochschule für Wirtschaft und Politik verstehst, den Charakter einer arbeiterbildenden Akademie verloren hätte. Diese Behauptung begründest Du nicht. Es würde Dir auch sehr schwerfallen, denn die Behauptung ist ganz einfach falsch. (Falls Du es wünschst, stellen wir Dir zu dieser unserer Behauptung umfangreiches Material zur Verfügung.) Hierzu ein paar Zahlen. Nach einer von der damaligen Akademie für den Zeitraum von 1962 bis 1970 erstellten Untersuchung, betrug der Anteil an Arbeiterkindern durchschnittlich 28 %, der Anteil von Kindern aus Schichten der unteren und mittleren Angestellten und Beamten betrug durchschnittlich 33 %. Aus diesen Zahlen wird ersichtlich, daß die Zusammensetzung der HWP-Studenten einen überproportionalen Anteil von Arbeiter- und Angestelltenkindern aufweist. Die Hochschule für Wirtschaft und Politik stellt eine einzigartige Konstruktion in der BRD dar. Arbeiter und Arbeiterkinder haben prinzipiell mit Volksschulbildung Zugang zum Studium.

Wilhelm Bauch, Uwe Schmidt, Hamburg

Zur Diskussion um den §218

In seinem Beitrag in Heft 4, 1972, vertritt Professor *Nell-Breuning* die Meinung, daß die katholische Moraltheologie bisher die Überzeugung vertreten habe, das Men-

schenleben gehöre zu den „absolut unverfügbaren Gütern“. Dies stimmt deutlich nicht mit der kirchlichen Praxis überein, denn dann hätte man von seiten der Kirche gegen den Krieg und für die Kriegsdienstverweigerer ebenso rigoros Stellung beziehen müssen wie jetzt für den Schutz ungeborenen Lebens.

Die *Gewissensfreiheit* wird von Professor *Nell-Breuning* absolut gesetzt, er behauptet, nicht die Freiheit des Gewissens werde durch die Strafgesetze eingeschränkt, sondern nur der individuelle Handlungsspielraum. Die Erkenntnisse der Sozialpsychologie haben jedoch deutlich gemacht, daß Gewissen nicht absolut frei ist, weil es inhaltlich wesentlich durch die Normen der jeweiligen Gesellschaft bestimmt ist. Diese treten dem Kleinkind in der elterlichen Autorität gegenüber, die daraufhin wirkt, daß das Kind bestimmte Wertvorstellungen, verinnerlicht, zu seiner inneren Gewissensinstanz macht (Sozialisation).

Freiheit des Gewissens setzt erst dort ein, wo ein Mensch auf Grund von Erfahrung und Erkenntnis zu neuen sittlichen Wertsetzungen kommt, wo er sich von den ihm aufgezwungenen Normvorstellungen befreit und in dem Falle durch neue ersetzt, wenn die herkömmlichen Normen nicht dazu angetan sind, die existentiellen Probleme in seiner Gesellschaft zu lösen, denn auch Normen sind nichts Absolutes, wie die ethnologische Forschung gezeigt hat. Aus dieser Erkenntnis und aus der Einsicht in die gegenwärtige Lage in unserer Gesellschaft ergibt sich hinsichtlich des Abtreibungsparagraphen die Folgerung, daß auch die von Professor *Nell-Breuning* abgelehnte soziale Indikation sittlich geboten ist und zwar nicht nur jenen „irrenden Gewissen“, denen Professor *Nell-Breuning* Toleranz zollt, sondern jenen Gewissen, die von der Erkenntnis der gesellschaftlichen Situation ausgehend in der Lage sind, sich von den ihnen aufgezwungenen Normvorstellungen zu befreien und neue zu setzen. Solange weder wir als Individuen noch unser so-

genannter „sozialer Rechtsstaat“, wie Professor Nell-Breuning ganz richtig erkennt, in der Lage sind, Kindern, die geboren werden, auch annehmbare Lebensbedingungen zu schaffen — solange ist es unsittlich, Menschenleben und Gewissensinhalte absolut zu schützen!

— Solange vor allem die katholische Kirche wirksame Verhütungsmittel ablehnt,

— solange Verhütungsmittel von der Industrie zu unangemessen hohen Preisen verkauft werden (vgl. *Spiegel*, 19. 1972, S. 161),

— solange die Erziehung in Kinderheimen, die die Kirchen als Alternative zur Abtreibung empfehlen, zu schweren seelischen Schäden führt und bewirkt, daß etwa 50 % dieser Kinder später einen beträchtlichen Anteil der in Gefängnissen Inhaftierten ausmachen, nämlich etwa 25 % der Inhaftierten (dazu: *Vorgänge*, 10/71, S. 339 ff.),

— solange die Kinder, die in sozial schwache und in Obdachlosenfamilien hineingeboren werden, die schädlichen Wirkungen ihres Milieus zu erleiden haben (beispielsweise widerfährt nach einer Erhebung der Kölner Stadtverwaltung von 1969 41,9 % der schulpflichtigen Kinder aus solchen Familien das unverschuldete Schicksal, Sonderschulen absolvieren zu müssen; 50 % dieser Kinder kommen aufgrund von Schwangerschafts- und Geburtskomplikationen krank auf die Welt, teilweise aufgrund der Tatsache, daß viele kinderreiche Mütter zur Entbindung nicht in ein Krankenhaus gehen können, weil sonst niemand für ihre anderen Kinder sorgt; 32,6 % tragen Hirnschäden davon),

— solange unsere Justiz- und Strafverfolgungs- sowie Strafvollzugsinstanzen nur die fragwürdige Wirkung haben, daß sie einmal gescheiterte Menschen in abweichendes Verhalten tiefer und tiefer hineinführen und dabei auch noch negativ selektieren — dies zeigt die Tatsache, daß etwa 95 % der in Gefängnissen Inhaftierten aus

der untersten Unterschicht stammen — während Wirtschaftsvergehen selten **oder** nie aufgedeckt werden,

— solange unsere Gesellschaft allgemein kinderfeindlich ist, so daß nicht nur die Kinder der sozial Schwächsten, sondern auch die der Mittelschicht nicht den für ihre Entwicklung nötigen Wohn- und Spielraum in Wohnungen und im Freien haben,

solange ist eine Moral, die menschliches Leben und menschliches Gewissen absolut setzt und also Kinder dazu verdammt, in menschenunwürdige Bedingungen hineingeboren zu werden, unsittlich. Solange ist eben genau jenes Gewissen frei und verantwortungsbewußt, welches fordert, daß man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln menschenunwürdiges Leben verhindert. Die Abtreibung ist unter den zur Verfügung stehenden Mitteln sicher das schlechteste. Da gegenwärtig in unserem „sozialen Rechtsstaat“ aber letztlich die einzelnen Eltern und ihre Kinder am Ende die Folgen einer Schwangerschaft zu tragen haben, müssen sie sich die traditionsverpflichtete Einmischung kirchlicher, staatlicher und anderer angeblich moralischer Instanzen verbitten. Diese Forderung wird auch gestützt von der Resolution der Internationalen Menschenrechtskommission aus dem Jahre 1968, die dem Elternpaar als grundsätzliches Menschenrecht die freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über die Zahl ihrer Kinder zugesteht.

Ute Schumacher-Wex, Köln

„Sozialpartner“ auf dem Umschlag

Toten soll man nichts Schlechtes nachsagen, so meint der Volksmund. Das kann aber kein Hindernis sein, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in ihren Worten und Taten auch nach ihrem Tod kritisch unter die Lupe zu nehmen und ihre rich-

tigen und falschen Einschätzungen an Hand der Entwicklung aufzuzeigen.

Hans Böckler, Vorsitzender des DGB bis 1951, gab den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* bei ihrer Gründung im Jahre 1950 das Geleitwort vom Diskussionsorgan u. a. mit Vertretern unseres „Sozialpartners“ mit auf den Weg. Im 23. Jahr des Bestehens der GM sind diese Geleitworte von der Innenseite des Titelblattes entfernt worden und prangen nun auf der Titelseite selbst. Muß man Böckler das antun?

Die ersten Jahre der Nachkriegszeit waren ein guter Nährboden für die Illusion vom „Sozialpartner“. Parolen wie „Wir sitzen alle in einem Boot“ verfehlten angesichts von Kriegszerstörungen und Demontagen nicht ihre Wirkung auf breite Kreise der Bevölkerung und ließen sie vergessen, daß die neuen Herren — *Krupp, Flick, Siemens, Ford* usw. — die alten geblieben waren. Viele meinten, nach dem Motto „Seid nett zueinander!“ könne man letztlich alle Klassenwidersprüche in Harmonie auflösen. Für die Unternehmer war „Sozialpartner“ ein profitfreundlicher Begriff, denn die Arbeiter würden ihren „Sozialpartner“ nicht so leicht bekämpfen wie den (Klassen-)Gegner. Die Rechnung ging im wesentlichen auch auf; die Bundesrepublik blieb bis Ende der sechziger Jahre das kapitalistische Industrieland mit den wenigsten Streiks. War also die Propagierung der „Sozialpartnerschaft“ seitens der Unternehmer eine nützliche Sache, so muß der Gebrauch des Begriffes „Sozialpartner“ seitens eines führenden Gewerkschaftsvertreters auf Gewerkschaftsmitglieder der siebziger Jahre als grobe Fehleinschätzung wirken und sie zu der Frage veranlassen, wie es kommen konnte, daß Böckler die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit in einem entscheidenden Augenblick, als die Weichen für die Nachkriegsentwicklung in der Bundesrepublik gestellt wurden, so falsch eingeschätzt hat. Zwar war Böckler nur der erste führende Gewerkschafter der Nachkriegszeit, der vom „Sozialpartner“ sprach, und *Georg Leber* blieb es vorbehalten, den Begriff voll auszuwalzen, doch ob

Böckler oder Leber, die Wirklichkeit hat die Illusion vom Sozialpartner heute für die Mehrzahl der arbeitenden Bevölkerung widerlegt. Spätestens die Rezession von 1966/67 hat sie darüber aufgeklärt, daß in der kapitalistischen Gesellschaft für die Eigentümer der Produktionsmittel noch immer der Profit oberste Richtschnur ihres Handelns ist.

Die Mehrzahl der führenden Gewerkschafter hat das auch schon vorher deutlich gemacht, so z. B. *Otto Brenner*, wenn er davon sprach, daß die Demokratie am Fabrikator endet, und wenn er auf dem 7. Gewerkschaftstag der IG. Metall sagte: „Wir wissen heute: Dem Zusammenbruch der Nazi-herrschaft folgte leider nicht die längst fällige und notwendige soziale Revolution“, oder *Wilhelm Gefeller*, der 1963 erklärte, daß es eine absolute Überbrückung der Gegensätze in dieser Gesellschaftsordnung nicht gibt. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren. Auch im Grundsatzprogramm des DGB wird klar ausgesprochen, daß die alten Besitz- und Machtverhältnisse nach 1945 in der Bundesrepublik wieder hergestellt wurden und die Konzentration des Kapitals ständig fortschreitet. Daß der Begriff der „Sozialpartnerschaft“ seine Funktion, den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Unternehmer zu verkleistern, bei der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder nicht mehr erfüllt, hat offenbar auch der neue Leiter des Deutschen Industrieinstituts, Prof. *Freudenfeld*, erkannt, denn er erklärte in einem Vortrag vor der Wirtschaftspublizistischen Vereinigung in Köln, daß das „Partnerschaftsmodell“ überholt sei.

Der Leser der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* fragt sich nach all dem: Warum stellen die GM ausgerechnet jetzt den „Sozialpartner“ optisch noch besonders heraus? Soll etwa der jungen Generation ein Beispiel für eine grundlegende Fehleinschätzung des früheren DGB-Vorsitzenden Böckler besonders drastisch vor Augen geführt werden? *Otto Henke, Moers*

Anmerkung der Redaktion: Das Böcklerzitat wurde auf Wunsch des Herausgebers

auf das Titelblatt gesetzt, um den Charakter der *Gewerkschaftlichen Monatshefte* als *Diskussionsorgan* hervorzuheben.

In Böcklers Geleitwort zu Heft 1 des 1. Jahrgangs der *Monatshefte* (Januar 1950), aus dem das Zitat entnommen ist, heißt es

übrigens weiter: „Die *Gewerkschaftlichen Monatshefte* sollen aber gleichzeitig auch für alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder ein Rüstzeug sein, das sie befähigt, nicht nur den eigenen Kampf in der Praxis **zu** bestehen, sondern auch die großen Linien unserer Zielsetzung deutlich zu erkennen.“